

An die Straßenverkehrsbehörde der

Gemeinde Michelau i.OFr.
Bauamt, SG 13
Rathausplatz 1
96247 Michelau i.OFr.

Eingangsstempel / Vermerk

Antrag auf Anordnung verkehrsregelnder Maßnahmen für Arbeiten die sich auf den Straßenverkehr auswirken nach § 45 Abs. 6 Straßenverkehrs- Ordnung (StVO)

Wir beantragen

gemäß Regelplan _____

unter Vorlage eines Verkehrszeichenplans ¹⁾

den Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung zur
Durchführung nachstehend bezeichneter Maßnahmen

Antragsteller	Firma, Unternehmen, Branche	
	Telefon mit Vorwahl	E-Mail
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	
	Verantwortlicher Bauleiter für die Baustelle (Name, Vorname)	Telefon mit Vorwahl
	Verantwortlicher Ansprechpartner vor Ort (Name, Vorname)	Mobiltelefon vor Ort
	Beauftragter für Störungsbeseitigung, Kontrolle und Korrektur der Verkehrssicherung, Bedienung Signalanlagen Name, Vorname	Mobiltelefon, ständig erreichbar
	sonstige Angaben zum Antragsteller	
Straßenbezeichnung	Die Bundes-, Staats-, Kreis- oder Gemeindestraße (Nr. oder Name)	
Ort der Sperrung	bei / von - bis km, bei / von - bis Hausnummer	in
Dauer	wird vom	bis zur Beendigung der Bauarbeiten, längstens bis
Auftraggeber	für Name / Firma	
	Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	
	Ansprechpartner	Telefon mit Vorwahl
Umfang der Beeinträchtigung	für den <input type="checkbox"/> Fußgängerverkehr <input type="checkbox"/> Radfahrverkehr <input type="checkbox"/> Verkehr auf der Fahrbahn <input type="checkbox"/> unter Einbeziehung des Seiten-/Grünstreifens <input type="checkbox"/> teilweise gesperrt. <input type="checkbox"/> voll gesperrt.	
benutzbar bleibende Verkehrsfläche	Die vorgeschriebene Restbreite für Gehwege (1,0 m) und / oder Fahrbahnen (2,75 m innerorts, 3,0 m außerorts bei halbseitiger Sperrung, 5,50 m bei Vorbeileitung des Verkehrs) <input type="checkbox"/> werden eingehalten. <input type="checkbox"/> können nicht eingehalten werden, Restbreite _____. <input type="checkbox"/> können nicht eingehalten werden, Vollsperrung notwendig.	

Haltverbote	<input type="checkbox"/> nicht erforderlich	<input type="checkbox"/> erforderlich auf folgenden Streckenabschnitten: (ggf. Beiblatt verwenden)	
		von:	
		bis:	
Grund der Sperrung	Bezeichnung der auszuführenden Maßnahmen:		
	<input type="checkbox"/> die Maßnahme ist dringend notwendig, da die öffentliche Ordnung/Sicherheit wie nachfolgend gefährdet ist:		
Anliegerverkehr	Anliegerverkehr wird bei Vollsperrung zugelassen bis		
Umleitungs- maßnahmen	Folgende Strecke wird für die Vollsperrung als Umleitungsstrecke vorgeschlagen:		
	Beschilderungs- und Streckenplan ist als Vorschlag beigelegt ¹⁾		
Gestattungen, Nutzungsvertrag, Sondernutzungs- erlaubnis der Straßenverkehrs- behörde	Eine Gestattung/Sondernutzungserlaubnis des Straßenbaulastträgers <input type="checkbox"/> liegt vor. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich. <input type="checkbox"/> wird noch beantragt und nachgereicht. <input type="checkbox"/> ist wegen der dort getroffenen Anordnung beigelegt.		
Zur weiteren Vorbereitung bitten wir um einen	<input type="checkbox"/> Ortstermin. <input type="checkbox"/> Gesprächstermin.		
	Ansprechpartner		Telefon mit Vorwahl
Raum für - weitere Mitteilungen (liegen z.B. Fußgänger- überwege, Haltestellen im Baustellenbereich) - Handskizzen			
Anlagen	<input type="checkbox"/> Regelplan	<input type="checkbox"/> Verkehrszeichenplan	<input type="checkbox"/> Umleitungsplan
	<input type="checkbox"/> _____		

Der Antrag ist mindestens **14 Tage** vor geplanten Beginn der Maßnahme bei der Straßenverkehrsbehörde einzureichen, damit weitere Träger öffentlicher Belange und die Verkehrspolizei Stellung nehmen können. Davon kann abgewichen werden, wenn die Maßnahme zur Aufrechterhaltung der **öffentlichen** Sicherheit und/oder Ordnung dient.

Der Antrag ist vollständig und richtig auszufüllen. Bei fehlenden oder fehlerhaften Angaben kann sich die Bearbeitungszeit, aufgrund von Rückfragen und Einholung notwendiger Unterlagen, erheblich verzögern.

Die Maßnahme darf erst mit Anordnung der Straßenverkehrsbehörde und der darin genannten Auflagen und Bedingungen begonnen werden.

Es wird hiermit versichert, dass der Antragsteller die Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufstellung der Verkehrszeichen und deren Beleuchtung sowie die Aufstellung und Bedienung einer erforderlichen Signalanlage übernimmt und die dafür entstehenden Kosten trägt. Ereignen sich Verkehrsunfälle, die durch diese Maßnahme bedingt sind und mit ihnen im ursächlichen Zusammenhang stehen, so wird die Haftpflicht gegenüber den jeweiligen Träger der Straßenbaulast in vollem Umfang übernommen.

Ort, Datum

Unterschrift und Stempel des Antragstellers

- zu 1) Der Plan soll enthalten:
- den Straßenabschnitt
 - die im Zuge des Abschnitts bereits stehenden Verkehrsschilder, Verkehrseinrichtungen und Anlagen
 - die Art und das Ausmaß der Arbeitsstelle

- die für die Kennzeichen der Arbeitsstelle und für die Verkehrsführung notwendigen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen
- Angaben darüber, welche Beschilderung nach Arbeitsschluss, an Sonn- und Feiertagen und bei Nacht vorgesehen ist
- bei Lichtzeichenanlagen der Phasenablauf